



Haushaltsrede 2024

Landkreis Fürth, 05.02.2024

Sehr geehrter Herr Landrat Obst,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,
sehr geehrte Gäste und sehr geehrte Pressevertreter,

wir **bedanken** uns bei Herrn Landrat Obst und der Verwaltung, insbesondere Herrn Kämmerer Kohler und Herrn Personalleiter Maurer für die gute Vorbereitung und Erläuterung des Haushalts und Herrn Regierungsdirektor Thirmeyer für die Aufbereitung der Fallzahlen sowie bei allen Vertretern der Parteien im Kreistag für die gute Zusammenarbeit bei der bisherigen Beratung.

Im **Kreisausschuss** haben wir diesmal über den Haushalt besonders intensiv gesprochen. Das war auch notwendig angesichts der Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes und der geplanten Aufnahme von deutlich mehr Schulden.

Gut, dass wir momentan **schuldenfrei** sind und die Gemeinden bei der Umlagekraft aufholen. Gut, dass wir **Liquidität** auch wegen der bisherigen Strafzinsen abgebaut haben, statt schon vorher die Kreisumlage deutlicher zu erhöhen. Zu loben sind auch die gegenüber dem Vorjahr um fast das Dreifache angestiegenen **Sparvorschläge** der Verwaltung in Höhe von 9,3 Mill. €.

Aber dass wir nun zum zweiten Mal in Folge den **Kreisumlagehebesatz** erhöhen und nach 0,75 nun um gleich 4 Prozentpunkte, ist eine hohe Bürde für die Gemeinden. Das wären fast 11 Mill. € und davon allein durch die Erhöhung 6,4 Mill. €, die die Gemeinden nun an den Kreis mehr zahlen müssten. Diese - selbst das in der Umlagekraft gesunkene Langenzenn - hätten damit 5 bis 30 % mehr Kreisumlage zu stemmen.

Aus **Subsidiaritätsgründen** möchten wir unseren Gemeinden - die selbst hohe Sparanstrengungen unternehmen - mehr Geld lassen und dafür lieber noch mehr auf Kreisebene sparen.

Bei der **Vorberatung** im Kreisausschuss gab es dazu schon verschiedene Schritte in die richtige Richtung: Aus der CSU habe ich durchaus kritische Töne zu manchen Ausgaben wahrgenommen.

Wir unterstützen daher die beantragte **Sparkommission** als ein notwendiges Zeichen an die Gemeinden und Bürger des Landkreises, die Entwicklung nicht einfach so hinzunehmen.

Wir haben auch als einzige immer wieder die **Stellenmehrungen** kritisiert. Beim Stellenplan wurden die Wünsche aus der Verwaltung rein zahlenmäßig diesmal nicht ganz so stark gekürzt wie in den Vorjahren. Mit den Beschlüssen aus dem Kreistag zusammen erhöhen sich die Stellen um rund 8 %.

Speziell kritisieren wir den selbst vom Bund nicht mehr geförderten **Klimaschutzmanager** und die Aufstockungen im **Ausländerbereich**. Vor dem Hintergrund des Abbaus von Sicherheitsstandards bei Asylverfahren und massiven Erleichterungen bei der Einbürgerung steigen die Stellen im Bereich Ausländer in 2024 gegenüber dem Vorjahr erneut - und zwar um fast ein Drittel. Wenn z.B. die Gebühren aus den Einbürgerungen an das Land gehen, sehen wir hier die Kostenverantwortung durch den Verursacher doppelt beeinträchtigt. Wir lehnen daher den **Stellenplan** ab.

Auch bei den teuren mobilen **Luftreinigungsgeräten** lagen wir mit unserer Ablehnung richtig. Wir haben als einzige auch die Politik der übergeordneten Ebenen für die Maßnahmen kritisiert, die mit zu unseren Kostenerhöhungen geführt haben. Letztlich sehen wir die **EU-, Bundes- und Landespolitik mitverantwortlich**, ob das die Umstellung bei der Mehrwertsteuer ist, die Energie- und Sanktionspolitik, die Art der Corona-Maßnahmen, die Wohn- und Bürgergeldreform oder die Asyl- und Einbürgerungspolitik.

Kollege Bürgermeister Thomas Zwingel gab im Kreisausschuss daher die richtige Anregung, bei den örtlichen **Abgeordneten** auf eine Korrektur der Politik, insbesondere mit Blick auf die wirtschaftlichen Grunddaten, zu drängen. Wir stehen auch als Landkreis vor den Scherben dieser Politik, die im Bund mit einem zunächst verfassungswidrigen Haushalt für alle nun offensichtlich gescheitert ist und vor Ort zu einem Dilemma führt.

Eine vom Staat mehr übernommene Stelle im Ausländerwesen und die Integrationspauschale langen da genauso wenig aus, wie die unter den Erwartungen gebliebenen **Schlüsselzuweisungen** an den Landkreis.

Der größte Ausgabenbereich **Jugend und Soziales** steigt am stärksten an und zwar um 20 % auf rund 48 Mill. €, von denen der Landkreis über 25 Mill. € selbst aufbringen muss. 20 Mill. € gehen davon ins Jugendamt, das Rekordaufwendungen leistet, während die Erträge gegenüber ihrem Höchstwert um 2,37 Mill. € gesunken sind. Am weitaus stärksten sind die Kosten für unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) gestiegen. Und zwar um 3 Mill. € auf 8 Mill. € und damit um mehr als 35 %.

Es ist daher richtig, dass wir, wie im Kreisausschuss angeregt, auch über die **grundsätzlichen Ziele** des Landkreises reden wollen.

Die Stellen bei der Integrationsberatung wurden ja auch ein Thema, weil das ehrenamtliche Engagement überfordert wurde. Genauso sind die Fallzahlen insgesamt bei der Jugendhilfe ein **gesellschaftliches Warnsignal**.

Miteinander reden, unsere gesellschaftlichen Grundlagen **Familie**, **Identifikation** mit und **Verantwortungsbereitschaft** gegenüber dem **Gemeinwesen** stärken, statt gleich nach staatlichen Verboten und Regulierungen rufen, wäre vielleicht ein Weg aus der Sackgasse von immer teureren und in immer sensiblere Bereiche vordringenden staatlichen Maßnahmen.

Die Vorschläge aus dem Kreisausschuß möchte ich daher ergänzen durch Aspekte, die nochmal eine **positive Dynamik** auslösen können: Gemeint ist, dass wir versuchen, im Landkreis an die Ursachen zu gehen und seine **Lebensqualität** und **Leistungsfähigkeit** stärken.

Dass wir die **Wirtschaftsförderung** aufwerten und z.B. die Vorschläge des deutschen Einzelhandelsverbandes für eine Gründungsoffensive und ein Leerstandsmanagement prüfen, die wir auch in Zirndorf in den Stadtrat eingebracht haben. Damit es bei uns noch das freie Spiel von Angebot und Nachfrage gibt und nicht nur freie Fahrt und wildes Parken für den Amazon-Bote und immer längere Wege für diejenigen, die heimische Qualität und persönliche Beratung suchen.

Fürth hat in den letzten Jahren seine **Innenstadt als Einkaufsstadt** massiv wiederbelebt. Wir möchten, dass auch im Landkreis hochwertige familiengeführte Geschäfte und Unternehmen zur Wirtschaftskraft und zu einem attraktiven Warenangebot beitragen, statt infolge möglicher Gewerbesteuererhöhungen abwandern. **50 Jahre Playmobil** wären z.B. ein Anlaß, sich nochmal intensiv um einen guten Draht zu diesem wichtigen Unternehmen zu bemühen.

Der Landkreis wollte ja auch ein **Wirtschaftsleitbild** entwickeln und eine Marketingkampagne für die **heimische Wirtshauskultur** starten. Wir möchten aber auch die **Mitwirkungsmöglichkeiten** der Bürger durch mehr direkte Demokratie und Wertschätzung von **Vereinen** stärken. Wäre da nicht ein Teil des TIPP-Gebäudes ein schönes Aushängeschild als "Haus der Vereine"? Hier gibt es jedenfalls ortsübergreifend Bedarf.

Da wir nun mit unserem neuen Landrat auch eine **neue Ära** beginnen, erlaube ich mir abschließend ein paar wenige Worte zu den damit verbundenen **Erwartungen**: Wie ich aus Gesprächen mit Bürgern mitbekommen habe, galten Sie, Herr Landrat Obst, in Cadolzburg als Mann der Tat, der sich etwas traut.

Nehmen Sie diesen **Schwung** mit in das neue Amt. Schieben Sie damit auch etwas im Landkreis an - auf sicherer Grundlage seiner gewachsenen Vielfalt aus Stadt und Land, aus Umwelt und Wirtschaft, aus individueller Freiheit und gemeinschaftsfördernden Heimattraditionen. Lassen Sie sich weder von links noch von rechts auf weltanschaulich-ideologisches Glatteis führen, sondern entscheiden Sie **pragmatisch** für die Bürger und mit den Bürgern zum Wohle des Landkreises.

Daran möchten wir auch weiterhin mit allen **konstruktiv mitwirken!**

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Claus-Georg Pleyer,
Fraktionsvorsitzender